



HESSISCHER LANDTAG

11. 11. 2025

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der Freien Demokraten

Für eine demokratische Streitkultur ohne Gewalt – mit Respekt vor Grundrechten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt, dass Gewalt, Bedrohung, Einschüchterung oder Sachbeschädigung niemals Mittel der politischen oder gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein dürfen. Eine freiheitliche Demokratie lebt vom Wort, nicht von der Gewalt.
2. Der Landtag verurteilt jede Form politisch motivierter Gewalt – gleichgültig, aus welcher Motivation heraus oder gegen wen sie sich richtet. Gewalt „gegen rechts“ ist ebenso inakzeptabel wie Gewalt „gegen links“ oder gegen andere gesellschaftliche Gruppen. Wer demokratische Werte verteidigen will, darf sie dabei nicht verletzen.
3. Der Landtag betont, dass Meinungs-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit tragende Grundrechte unserer freiheitlichen Ordnung sind. Diese Rechte gelten uneingeschränkt auch für Personen, Organisationen und Parteien, deren Ansichten man ablehnt. Eine offene Gesellschaft zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie auch unbequeme Meinungen aushält.
4. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger im vergangenen Jahr um 49,8 Prozent auf 478 Fälle angestiegen ist – die höchste Zahl seit Einführung des Angriffszielkatalogs im Jahr 2019. Fünf Fälle waren Gewaltdelikte. Diese Entwicklung spiegelt eine wachsende gesellschaftliche Polarisierung wider, befördert durch Extremismus von links wie von rechts. Es gilt, entschieden jedem politischen Extremismus entgegenzutreten. Solche Taten müssen schnell und konsequent strafrechtlich verfolgt werden – sowohl im digitalen als auch im realen Raum. Schutzmaßnahmen für gefährdete Mandatsträgerinnen, Mandatsträger und Ehrenamtliche – etwa Adressschutz und individuelle Sicherheitskonzepte – sind wirksam auszugestalten und regelmäßig zu überprüfen.
5. Der Landtag fordert alle politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger auf, Wege gesellschaftlicher Verständigung und Versöhnung zu fördern. Statt Empörungs- und Eskalationsspiralen zu befeuern, gilt es Brücken zu bauen und das Vertrauen in die demokratische Kultur zu stärken.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 11. November 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas